

# VORWÄRTS

## Newsletter der SPD-Fraktion Kassel Ausgabe 117 | Sep. 2020

# KASSEL

documenta-Institut

## Neue Standortsuche vermeidet Hängepartie



Foto: Bernd Hildebrandt (via Pixabay)

„Einen neuen Standort für das documenta Institut zu suchen, sichert die Zukunft des Instituts. Gleichzeitig können wir so hoffentlich weitere Verzögerungen und Hängepartien vermeiden. Und uns in nicht allzu ferner Zukunft über einen Institutsbau freuen, das dem Ruf und der Bedeutung der Weltmarke documenta gerecht wird“, so Patrick Hartmann, unser Fraktionsvorsitzender, zur Entscheidung der SPD-Fraktion, die Pläne zum Neubau des Instituts auf dem Parkplatz am Karlsplatz nicht weiter zu verfolgen.

Aber wie kam es zu dieser Entscheidung, vom Karlsplatz-Parkplatz abzurücken? „Wir wissen als verantwortungsbewusste Kommunalpolitiker\*innen um unsere Verantwortung für die Marke documenta, das

zu planende Institut und den Ruf der Stadt Kassel. Gleichzeitig haben wir das Signal des Bürgerentscheids verstanden, weil wir unser Ohr in der Stadtgesellschaft haben“, meint Hartmann mit Blick auf das nun nicht mehr notwendige Bürgerbegehren: „Ein solches durchzuführen, nimmt wertvolle Zeit in Anspruch. Zeit, die man sehr gut nutzen kann, um die Pläne rund um den Institutsbau weiterzuentwickeln.“

⇒ Weiterlesen auf der nächsten Seite

## Themen

- 1 documenta-Institut
- 3 Sperrung der Friedrich-Ebert-Straße
- 4 Blindenpfad
- 5 Milieuschutzsatzungen
- 6 Bebauung Dörnbergstraße 18
- 7 Alltagsheldin
- 8 Kinderarmutsbericht
- 9 StaVo-Impressionen
- 10 Beratungsstelle für Menschenrechte
- 11 Aus der Fragestunde
- 12 Fernwärme
- 12 Einigung mit Kassel kohlefrei

## Fortsetzung: Neue Standortsuche vermeidet Hängepartie



**Patrick Hartmann**  
Fraktionsvorsitzender

Und was geschieht mit dem Parkplatz am Karlsplatz? Wir finden, es ist wirklich an der Zeit, den Parkplatz und mit ihm den Karlsplatz vor der Kirche aus dem Dornröschenschlaf zu wecken – indem er bebaut wird. Einen Neubau für die

Stadtbibliothek oder Wohnraum können wir uns gut vorstellen. Aber was auch immer auf dem Platz entstehen wird: **Am Anfang des Prozesses steht ein städtebaulicher Wettbewerb, um gemeinsam mit den Anlieger\*innen Ideen zu entwickeln**

### Hintergrund

Die Stadtverordneten hatten am Montag ihren Beschluss aus dem Mai aufgehoben, das Institut auf dem Parkplatz am Karlsplatz zu bauen. Damit hat der Magistrat nun die Aufgabe, gemeinsam mit der documenta, der Fridericianum gGmbH sowie der Universität einen neuen Standort für das Institut zu finden. Dabei gilt: Nochmal auf Anfang. Denn neben den 17 bisher schon untersuchten möglichen Standorten sollen auch neue Orte betrachtet werden.



Foto: privat

## Sperrung Friedrich-Ebert-Straße

# Nachbesserungen führen zum Erfolg



**Patrick Hartmann**  
Fraktionsvorsitzender

„Die Nachbesserungen am Konzept zur Sperrung der Friedrich-Ebert-Straße zeigen, dass es ein guter Weg ist, den Menschen Platz im öffentlichen Raum zu geben“, sagt unser Fraktionsvorsitzender Patrick Hartmann im Rückblick. Die Schließung

der Wirtschaftsgärten um 23 Uhr, mehr Toiletten und der reglementierte Zugang haben sich als wirkungsvoll erwiesen.

„Hinsichtlich der emotionalen Diskussion in der vergangenen Woche ist zu bemerken, dass weder die Infektionszahlen durch den Versuch in der letzten Woche stiegen noch sich die Bilder des vorvergangenen Wochenendes wiederholten“, ergänzt er.

In diesem Zuge appelliert Hartmann auch an das Verantwortungsbewusstsein der Kommunalpolitik. Die Krise stellt besondere Herausforderungen an alle. Umso wichtiger ist es, die Stimmung in der Stadt nicht zusätzlich aufzuheizen.

„Bisher sind wir dank des Krisenmanagements von

Oberbürgermeister Christian Geselle und des Magistrats gut durch die Krise gekommen. Beleg dafür sind u.a. die auffallend niedrigen Infektionszahlen in Kassel sowie das Handeln der Stadt, die wirtschaftlichen Folgen zu begrenzen. Beispiele sind hier z.B. das umfangreiche Soforthilfen-Programm Kopf hoch, Kassel und eben jene Ausweitung der Wirtschaftsgärten sowie der Verzicht auf die dafür üblicherweise anfallenden Sondernutzungsgebühren“, findet Hartmann.

## Gastronomie unterstützen

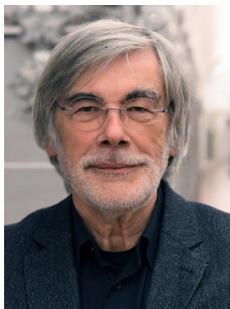
Hinsichtlich der Genehmigung von Wirtschaftsgärten verfolgt der Magistrat eine den Betreiber\*innen zugewandte Politik. Für alle Betreiber\*innen gelten vor allem die Verordnungen des Landes Hessen, die den Betrieb regeln. Sonderregeln für einzelne Betriebe gibt es nicht. „Solche Behauptungen schüren eine Neiddebatte, die weder gerechtfertigt noch zielführend ist“, sagt Hartmann.



Grafik © pikisuperstar (via freepik)

## Blindenpfad im Habichtswald

# Der Pfad ist ein wichtiges Inklusionsprojekt



**Norbert Sprafke**  
integrationspolitischer Sprecher

„Wir fordern den verantwortlichen Stadtbaurat Nolda dazu auf, Beteiligte und Betroffene zu einem runden Tisch einzuladen – z.B. Behindertenbeirat, Blindenbund, die betroffenen Schulen, Umweltamt, Hessenforst und Zweckverband

Habichtswald und interessierte Bürger\*innen. Denn für uns ist klar, der Blindenpfad darf nicht infrage gestellt werden“, so Norbert Sprafke, unser integrationspolitischer Sprecher, zum teilweisen Abbau des Blindenpfads im Habichtswald bei Harleshausen.

## Pfad ausbauen, nicht abbauen

Für uns ist die Frage zentral, wie wir den Blindenpfad retten, vielleicht sogar ausbauen können. Denn neben blinden Menschen ist der Pfad auch für andere Bevölkerungsgruppen unentbehrlich – u.a. für Menschen beginnender Demenz oder für Kinder mit z.B.

Sehbeeinträchtigungen oder sozial-emotionaler Belastung. Letzteren gibt der mit Geländern versehene Pfad Orientierung und eröffnet so die Chance, den Wald ohne Angst zu erleben. „Der Pfad ist gefragt und gern genutzt. Das Argument des unwirtschaftlichen Aufwand-Nutzen-Verhältnisses greift also nicht“, findet der integrationspolitische Sprecher.

„Es stößt bei uns in der SPD-Fraktion auf absolutes Unverständnis, dass jetzt der erste inklusive Wanderpfad Deutschlands abgebaut wird“, so Sprafke weiter. „Wir fragen uns, wie konnte das Umweltamt dem Abbau einfach so zustimmen – ganz offenbar, ohne vorher über Alternativen nachzudenken oder den Behindertenrat und weitere Betroffene zu konsultieren?“

## Teilhabe ist Menschenrecht

„Zumal Barrierefreiheit ausbauen und mehr Menschen Teilhabe ermöglichen, das Ziel ist. Und nicht Inklusionsprojekte wie den Blindenpfad einstampfen“, meint er weiter. Schließlich habe jede\*r das Recht, dabei zu sein und teilzuhaben. In der Schule, beim Sport oder eben in der Natur. Und so haben Blinde

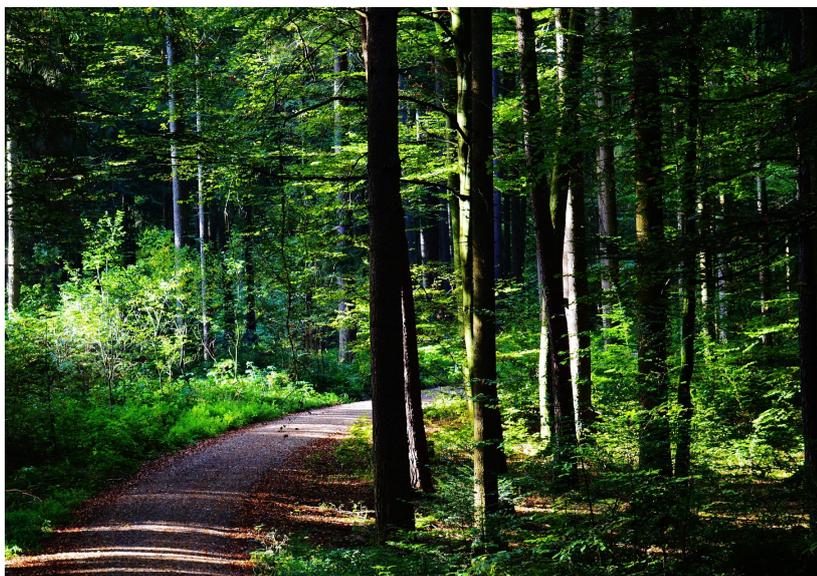


Foto: Alexas\_Fotos (via Pixabay)

und Menschen mit Sehbehinderung das Recht, sich allein und unabhängig in der Natur bewegen zu können – als ein unentbehrlicher Teil ihrer persönlichen Freiheit.

## Milieuschutzsatzungen

# Wohnen muss für alle bezahlbar bleiben



**Mario Lang**  
stadtentwicklungspolitischer  
Sprecher

„Zusammen mit der verbindlichen Sozialquote – auf Antrag der SPD-Fraktion im vergangenen Jahr eingeführt – sind Milieuschutzsatzungen ein dringend notwendiges Mittel, um eine lebenswerte Stadt für alle zu erhalten“, so

Mario Lang, unser stadtentwicklungspolitischer Sprecher. Er freut sich, dass die Stadtverordneten am vergangenen Montag unserem Antrag folgten. Denn nun wird der Magistrat erarbeiten, wie und in welchen Stadtteilen durch Milieuschutzsatzungen der Verdrängungen der Wohnbevölkerung entgegengewirkt werden kann. „Solche Satzungen sind sozialpolitisch wichtige Instrumente, um Gentrifizierung und

Verdrängungsprozessen zu begegnen. Denn sie zielen darauf ab, dass Wohnraum für Menschen im unteren und mittleren Einkommensbereich bezahlbar bleibt – auch in sehr begehrten Stadtteilen.“

„Ins Unbezahlbare steigenden Mieten muss Einhalt geboten werden“, meint Lang und erklärt einem uneingeschränkt freien Wohnungsmarkt eine Absage. „Das Argument, dass aufgrund dringend notwendiger Investitionen in die Sanierung und Modernisierung von Wohnungen die Mieten zwingend steigen müssen, kann ich teilweise nachvollziehen. Doch das ist nur die halbe Wahrheit. Denn die Immobilienlobby schlägt seit Jahren ungezügelt das gesetzliche Maximum auf den vormals günstigen Mietzins und generiert so unglaubliche Gewinne“, endet der Architekt Lang.

 [Zum Antrag](#)



Bild: © Stephanie Albert (via Pixabay)

Bebauung Dörnbergstraße – ehemalige Wäscherei Welscher

## Mehr Wohnungen im Westen



**Mario Lang**  
stadtentwicklungspolitischer  
Sprecher

Seit 2018 laufen die Planungen – und nun nehmen sie immer mehr Form an: Gewerberäume, Büros, Ateliers und 43 neue Wohnungen sollen im Innenhof des Wohnblocks hinter der Dörnbergstraße 18 / ehemalige Wäscherei Welscher entstehen.

Leider werden nur vier der Wohnungen gesichert günstiger Wohnraum sein. Traurig findet das unser stadtentwicklungspolitische Sprecher Mario Lang. „Wir bedauern die geringe Größe und kleine Anzahl der vier bezahlbaren Wohnungen sehr, denn wir haben für deutlich mehr gekämpft“, meint er, fügt jedoch lächelnd hinzu: „Trotzdem entlastet jede neue Wohnung den Wohnungsmarkt.“

Zumal die Pläne das Industriedenkmal – die alten Backsteinhäuser der ehemaligen Wäscherei – erhalten und zudem neues Leben einkehrt in den ehemaligen Betriebshof.

 [Mehr Infos](#)

### Warum greift die Sozialwohnquote bei dem Projekt noch nicht?

Der Investor reichte den ersten Antrag, ein Bebauungsplanverfahren einzuleiten, im Juni 2018 ein. Damals gab es die Sozialwohnquote noch nicht, denn diese wurde erst auf unseren Antrag hin im vergangenen Jahr eingeführt.

Bei künftigen Bauvorhaben in entsprechender Größe werden jedoch mindestens 25% günstige Wohnungen entstehen.



Grafik © piksuperstar (via freepik)

Alltagsheldin September

## Erste Hilfe für Singvögel

In unserer Rubrik Alltagshelden und -heldinnen stellen wir Menschen vor, die sich für ihre Mitmenschen und Kassel in besonderer Weise verdient machen und z.B. anderen helfen.



Foto: A. Schulz

Diesen Monat stellen wir Angela Schulz von der Privaten Wildvogelhilfe Kassel Spatz Meislein vor. Sie kümmert sich seit vielen Jahren um kranke, verletzte oder zu früh aus dem Nest gefallene Vögel – ehrenamtlich und mit Herzblut. Sie nimmt die Tiere auf und päppelt sie auf, bis die Vögel wieder in die Freiheit entlassen werden können. Für ihr Engagement erhielt sie 2016 den Naturschutzpreis der Stadt Kassel.

### Wildvogelhilfe unterstützen

Helfende Hände gesucht! Wer Angela Schulz als ehrenamtliche\*r Helfer\*in bei ihrer Arbeit helfen will oder sie mit einer finanziellen Spende unterstützen möchte, ist herzlich willkommen.



[hippedole@icloud.com](mailto:hippedole@icloud.com)



[@wildvogelhilfe](https://www.facebook.com/wildvogelhilfe)



**NEWSLETTER ONLINE LESEN**

**WWW.SPD-FRAKTION-KASSEL.DE/VORWAERTS-KASSEL**

Studie der Bertelsmann-Stiftung zur Kinderarmut

## Die Stadt Kassel bekämpft Kinderarmut aktiv



**Dr. Cornelia Janusch**  
kinder- und jugendpolitische  
Sprecherin

„Uns ist die Herausforderung bekannt, dass die Kinderarmut trotz vielfältiger Ansätze seit 2015 durch das Wachstum Kassels gestiegen ist“, so Dr. Cornelia Janusch, unsere kinder- und jugendpolitische Sprecherin, zur aktuellen Studie der

Bertelsmann Stiftung zur Kinderarmut. „Und deshalb spinnt die Stadt Kassel bzw. besonders das Sozialdezernat unter Bürgermeisterin Ilona Friedrich schon seit längerem ein immer dichter werdendes Netz an Programmen und Angeboten. Dabei geht es stets darum, Kindern und Jugendlichen Teilhabe zu ermöglichen und ihre Bildungschancen zu verbessern. Es geht aber auch um die Arbeitsmarktintegration der Eltern. Insgesamt alles sozialdemokratische Ansätze, um Kinderarmut wirksam zu bekämpfen“, fährt sie fort.

### Mittendrin sorgt für Teilhabe

„Was die Bereiche Mobilität und (soziale) Teilhabe in Kassel betrifft, da haben wir seit gut zwei Jahren die [Mittendrin! Teilhabecard Kassel](#). Mit dieser bekommen Transferleistungsbezieher\*innen ermäßigten Eintritt in viele öffentliche wie private Bildungs-, Kultur und Sport-Einrichtungen. Ergänzend dazu gibt es dann noch seit Anfang Juli das [MittendrinTicket](#), die ÖPNV-Monatskarte für Sozialleistungsempfänger\*innen.

### Bildung und Familienförderung

Ob die [Sanierung von fünf Kasseler Gesamt- und Berufsschulen](#) in überwiegend jenen Stadtteilen mit besonderen Herausforderungen oder das neue Programm [Kassel sichert Ausbildung](#): „Bildung ist für uns

Sozialdemokraten die Grundvoraussetzung, um den Kampf gegen Kinderarmut erfolgreich zu gewinnen. Wie die städtischen Programme sehr deutlich zeigen“, so Janusch. Was die kinder- und jugendpolitische Sprecherin jedoch vermisst, sind weitergehende Initiativen im Bereich Schule und Kitas von der zuständigen Dezernentin Ulrike Gote von den Grünen.

### Arbeitsmarktintegration vorantreiben

Zudem nütze es wenig, nur nach weiterer Alimentierung der Kinder durch die Stadt zu rufen. „Zuständig ist hier der Bund und nicht die Stadt“, sagt Janusch. Sie verweist darauf, dass der kommunalpolitische Ansatz der SPD ist, Menschen zu qualifizieren und in Arbeit zu bringen. „Daran werden wir auch zukünftig arbeiten“, verspricht die Sozialdemokratin und verweist beispielhaft auf das seit 2018



laufende Programm [Sozialwirtschaft integriert](#). Das [Ausbildungsangebot](#) gibt Frauen mit Migrationshintergrund die Chance, sich für einen Beruf z.B. in der Altenpflege oder Erziehung zu qualifizieren. Mit Blick auf diese städtischen Programme zieht die kinder- und jugendpolitische Fraktionssprecherin abschließend das Fazit: „In Kassel ist viel in Bewegung. Aber es ist noch einiges zu tun, um Kinderarmut weiter zu verringern.“

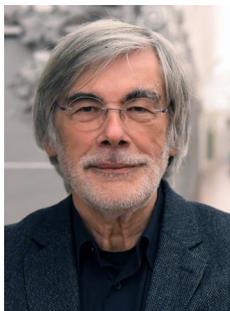
Stadtverordnetenversammlung 31. August 2020

## Impressionen aus der StaVo

Darum ging es bei der 42. Sitzung der Kasseler StaVo: das documenta-Institut, Milieuschutz-Satzungen, geschlechtergerechte Sprache in der Verwaltung, eine Anlauf- und Beratungsstelle für Menschenrechte und Demokratie.



## Toleranz, Weltoffenheit & Demokratiebewusstsein stärken



**Norbert Sprafke**  
integrationspolitischer Sprecher

„Sensibilisieren und solidarisieren: Aufmerksam machen auf Rassismus sowie Diskriminierung und sich gleichzeitig auf die Seite der Betroffenen stellen. Das ist der Sinn der Anlauf- und Beratungsstelle für Menschenrechte und Demokratie.“

Sie soll Toleranz, Weltoffenheit und Demokratiebewusstsein stärken und fördern“, kommentiert Norbert Sprafke, unser integrationspolitischer Sprecher, das Ja der Stadtverordneten zu unserem Antrag, besagte Stelle zu schaffen.

„Denn Rassismus und Diskriminierung geht nicht nur die Betroffenen etwas an, sondern jede\*n einzelne\*n von uns“, ergänzt er. „Und indem die Stadt Kassel eine solche Anlauf- und Beratungsstelle für Vielfalt und Chancengleichheit unter dem eigenen Dach einrichtet, leistet sie einen weiteren unverzichtbaren Beitrag, Diskriminierung, Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus entschieden entgegenzutreten. Zugleich sendet das auch das Signal: Wir stehen für eine gerechte, vielfältige und offene Stadtgesellschaft“, so Sprafke weiter.

### Vernetzen & zusammenarbeiten

Die Stelle soll Akteure und Angebote vernetzen, regelmäßigen Austausch ermöglichen und Kooperationsmöglichkeiten schaffen, um Extremismus zu beobachten und präventiv zu begegnen. Drei inhaltliche Schwerpunkte bestimmen dabei ihre Arbeit: Sie soll eine Anlaufstelle sein, an die sich Betroffene mit



ihren Rassismuserfahrungen wenden können und Gehör finden, ernst genommen werden sowie Hilfe erfahren. Der zweite Schwerpunkt ist Bildung. So soll die Stelle auch Bildungsangebote für und von Unternehmen, Vereinen und Organisationen koordinieren. „Denn Bildung – formell wie sozial-emotional – ist ein wichtiges Element im Kampf gegen Rechts-Extremismus, Rassismus und Hass. Sie ist ein Schutzfaktor, der jedoch immer wieder erneuert werden muss. Ein Ziel ist es daher, die Stadtgesellschaft für Rassismus und Diskriminierung nachhaltig zu sensibilisieren“, erläutert Sprafke. Zu guter Letzt soll die Stelle auch eine Ausstiegsberatung aus rechtsextremen Strukturen anbieten.

Die inhaltliche Ausrichtung der Stelle ist ein guter Kompromiss zwischen Rot-Grün, der überdies Impulse der Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene aufgreift. Hinter dem Antrag standen alle Fraktionen der Kasseler Stadt – verordnetenversammlung. Außer der AfD – was wenig verwundert.

### Hessisches Programm zur Demokratieförderung

Abschließend verweist Sprafke darauf, dass die schwarz-grüne Landesregierung jüngst ein Programm zur [Demokratieförderung und phänomenübergreifende Extremismusprävention \(DEXT\)](#) ins Leben rief. „Die Aufgaben der DEXT-Fachstellen passen sehr gut zu jenen der geplanten Kasseler Beratungsstelle. Hier sollten wir überlegen, ob sich auch die Stadt Kassel um die Teilnahme an diesem finanziell geförderten Programm bewirbt, um unsere Anlaufstelle zu einer DEXT-Fachstelle für Demokratieförderung weiterzuentwickeln.“

Stadtverordnetenversammlung 31. August 2020

## Aus der Fragestunde



### Was hat es gekostet, die Schäden im Park/am Spielplatz Sodensternstraße zu beseitigen, die durch den Abriss des einsturzgefährdeten Hinterhauses der Ysenburgstraße 28 entstanden?

Es sind nur geringe Schäden entstanden, die mittlerweile behoben sind. Die Reparaturkosten bezahlt die Eigentümergemeinschaft, der das Hinterhaus gehört.

### Das Gebäude in der Leuschnerstraße 99 (ehemalig REWE-Markt) steht schon seit Monaten leer. Weiß der Magistrat, wie das Gelände/Gebäude genutzt werden soll?

Was der Investor mit dem Gebäude/Gelände plant, ist der Stadt derzeit (noch) nicht bekannt. Die Stadt wird den Prozess jedoch begleiten.

### Wie geht es mit dem Ausbau des Frauenhauses voran?

Sämtliche Vorbereitungen und -arbeiten sind getroffen bzw. erledigt. Die Aussichten, dass der Ausbau des Kasseler Frauenhauses finanziell vom Bund gefördert wird (Bundesprogramm *Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen*), sind gut. Die Stadt hat eine Förderanfrage fristgemäß zum 31. Mai 2020 eingereicht und sowohl das *Hessische Ministerium für Soziales & Integration* (HMSI) als auch das *Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend* (BMFSFJ) befürworten diese.

Der Trägerverein des Frauenhauses war daran beteiligt, das Raumprogramm als Grundlage der notwendigen Entwurfsplanung zu entwickeln.

### Der Bereich Arbeitsmarkt ist zentral im Kasseler Integrationskonzept. Was hat sich hier seit dem Herbst 2019 getan?

Die Stadt Kassel hat ihre Angebote stark ausgebaut, damit sich Migrant\*innen für sozialversicherungspflichtige Jobs qualifizieren können und Arbeit finden. Beispiele für neue wie verlängerte und ausgebauten Projekte sind u.a. *Sozialwirtschaft integriert* mit dem Ziel der Fachkräftesicherung im Bereich Pflege und Soziales; *Sorgearbeit im Quartier*, die *Fachkräfte-Offensive*, *Fit für Ausbildung*, *InMigra* und das *WIR-Fallmanagement*, das jährlich 150 Geflüchtete auf dem Weg in die den Ausbildung- und Arbeitsmarkt unterstützt.

### Gehören der Stadt noch die Grundstücke zwischen dem Regierungspräsidium und dem Steinweg?

Die Grundstücke gehören nicht der Stadt. Ob sie es jemals taten, ist zudem nicht mehr nachvollziehbar.

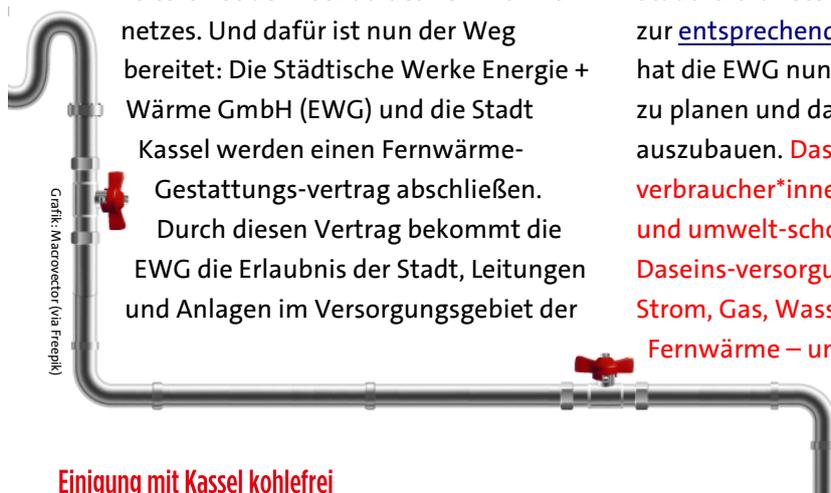
Kurz notiert

## Fernwärme ausbauen

Bis 2030 soll Kassel klimaneutral werden. Dabei ist der Ausstieg aus der Kohleverbrennung bis 2025 nur ein Schritt in Richtung klimaneutrale Kommune. Ein

weiterer ist der Ausbau des Fernwärmenetzes. Und dafür ist nun der Weg bereitet: Die Städtische Werke Energie + Wärme GmbH (EWG) und die Stadt Kassel werden einen Fernwärmegestattungsvertrag abschließen. Durch diesen Vertrag bekommt die EWG die Erlaubnis der Stadt, Leitungen und Anlagen im Versorgungsgebiet der

Stadt Kassel zu verlegen und zu betreiben. Ein Gestattungsvertrag ist somit einem Pachtvertrag nicht unähnlich. Möglich geworden ist das durch die Zustimmung der Stadtverordneten am vergangenen Montag zur entsprechenden Magistratsvorlage. Damit hat die EWG nun die Möglichkeit, langfristig zu planen und das Fernwärmenetz weiter auszubauen. **Das Ziel: eine sichere, verbraucher\*innenfreundliche und umwelt-schonende Daseinsversorgung mit Strom, Gas, Wasser sowie Fernwärme – und zwar sozial gerecht.**



Einigung mit Kassel kohlefrei

## Guter Dialog mit Bürger\*innen



**Patrick Hartmann**  
Fraktionsvorsitzender

„Der Fahrplan zum Kohleausstieg greift jene Forderungen auf und vorweg, die das Aktionsbündnis Kassel kohlefrei in seinem nun nicht mehr notwendigen Bürgerbegehren formulierte. Die Einigung zeigt damit sehr anschaulich, wie ein

guter Dialog mit Bürger\*innen funktioniert. Sie beweist zudem, wie Kommunalpolitik und Stadtgesellschaft gemeinsam Ideen voranbringen können. Nämlich indem sie direkt zusammenarbeiten und an einem Strang ziehen“, so unser Fraktionsvorsitzender Patrick Hartmann.

Damit rückt das von uns forcierte baldige Ende der Kohleverbrennung erneut näher: von

zunächst 2030 auf 2028 und jetzt auf 2025. Die SPD-Fraktion freut sich darüber, dass die Stadt diesen eingeschrittenen Weg Richtung Klimaneutralität so souverän weiter geht:

„Erfolge wie diese jüngste Einigung bringen die Energiewende in Kassel voran und sichern zugleich Arbeitsplätze“, so der Fraktionsvorsitzende.

„Wir begrüßen ganz besonders, dass Oberbürgermeister Geselle auch weiterhin mit der Initiative im Gespräch bleiben will. Denn wir als SPD-Fraktion teilen das Ziel, die erfolgreiche Klimapolitik der vergangenen Jahre fortzuschreiben und weiter auf eine Zukunft ohne fossile Brennstoffe hinzuarbeiten.“, meint Hartmann abschließend.

### SPD-Fraktion Kassel

Zimmer W 222  
Rathaus  
34112 Kassel

Tel. 0561 – 787-1284  
Fax: 0561 – 787-2209

E-Mail: buero@spd-fraktion-kassel.de  
Web: www.spd-fraktion-kassel.de

Geschäftsführer:  
Patrick Hartmann

Fraktionsvorsitzender und  
V.i.S.d.P.:  
Patrick Hartmann

 @spd\_fraktion\_kassel

 @spd.fraktion.kassel

 @spdfraktionks